

Christoph Schaefer, Hospeltstraße 35 b, 50825 Köln, Tel.: 0221 – 95 41 800  
eMail: [christoph@schaefer.de](mailto:christoph@schaefer.de)  
home: [www.schaefer.de](http://www.schaefer.de)

Offener Brief an Herrn Schmeltzer, MdL NRW

Sehr geehrter Herr Schmeltzer,

In den von Gabi Fortak im Gästebuch der „buergerfunk.de“ geschilderten Äußerungen über die in Duisburg am 25.05.2002 anwesenden SPD-Medienexperten, insbesondere auch im Zitat über Ihren Standpunkt, schwingt, wenn die Äußerungen wirklich so waren, unendliche Arroganz der Politik mit. Wäre dem so, so hätte Politik die Bodenhaftung offensichtlich verloren.

Aufgabe des NRW-Gesetzgebers kann es doch nur sein, primär die Meinungsfreiheit + den Bürgerfunk zu schützen und nicht dem freien Spiel der Kräfte vor Ort auszuliefern. Zumal der "Kampf" vor Ort auch mit ungleichen "Waffen" geführt würde.

Nach Ihrer, von Frau Fortak geschilderten, Auffassung soll die Summe der Minderheiten die Mehrheiten gegen die VGs (gesellschaftlich relevante Kräfte) mobilisieren, damit die einzelne Minderheit weiterhin zu Wort kommt; was für ein Hohn! Was soll dieser Quatsch? Im Grundgesetz steht nicht, daß ich erst die Mehrheit mit Lobbyarbeit dazu zwingen muß, daß sie dann gnädigerweise mir das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gewährt.

Dieses Recht gilt in gleicher Weise für ALLE, ob sie nun gesellschaftlich relevant sind oder eine Minderheit darstellen. Und daher hat die NRW-Landesregierung und der Gesetzgeber die Verantwortung dafür, daß der chancengleiche Zugang garantiert ist.

Schauen Sie mal in das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum LRG NW. Dort wird der Bürgerfunk ja gerade als Gegengewicht zur VG angesehen und als mögliche Vielfaltsreserve anerkannt. Somit kann doch nicht die VG darüber entscheiden, wie viel Recht sie nun dem Gegengewicht Bürgerfunk einräumt. Das ist doch lächerlich.

Sehr geehrter Herr Schmeltzer, ein Blick in das Grundgesetz könnte Ihnen einen klaren Durchblick verschaffen, den offensichtlich die Niederungen des LMG NRW vernebelt haben.

Meinungsfreiheit + den damit verbundenen Bürgerfunk derart zu dekadieren steht einem Sozial-Demokraten und der Demokratie insgesamt nicht gut zu Gesicht.

Ansonsten empfehle ich Ihnen auch die Diskussion mit Herrn Wallraff, der Ihnen und der Landesregierung dazu schon etwas auf Papier geschrieben hat. Er sprach mit seinen Äußerungen mir ganz aus dem Herzen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Schaefer

Köln, den 26. Mai 2002